

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Bezugspreis beträgt für das Vierteljahr 0 Mark, monatlich 0 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 0 Pfennig. Nach auswärts Portozuschlag.

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhof-Allee 5 und von allen Anzeigen-Erpeditionen angenommen. Die ledig-gelagerte Preizseite folgt 0 Pfennig, die Reflektoren 20 Pfennig.

Briefetal-Bote

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder,
Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Brieße, Lehnitz, Stolpe
Fernsprecher: Amt Birkenwerder Nr. 5



für ehem. Hofjagdrevier,
Bergfelde, den Amtsbezirk
Schönfließ und Umgegend
Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birkenwerder.

Nr. 49

Postfach-Ronto: Berlin 92 448.

Donnerstag, den 28. April 1921.

Postfach-Ronto: Berlin 92 448.

20. Jahrg.

Der Amtsvorsteher Birkenwerder.

1 Damengürtel als verloren gemeldet.
Birkenwerder, den 27. April 1921.
Der Amtsvorsteher. Jung.

Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

Milchkarten-Ausgabe.
Die Ausgabe der Milchkarten findet am Freitag, den 29. d. Mts. in der Zeit von 8—12 Uhr im Rathaus Zimmer 8 statt.
Birkenwerder, den 27. April 1921.
Der Gemeindevorsteher. Kühn.

Der Gemeindevorsteher Hohen Neuendorf

Milchkarten-Ausgabe.
Die Ausgabe der Milchkarten findet wie folgt statt:
Am Dienstag, den 26. und Mittwoch, den 27. April, für Kinder von 1—6 Jahren und Kranke;
Am Donnerstag, den 28. April für alte Leute über 70 Jahre und Kinder vom 7. bis 12. Jahre, soweit Milch vorhanden ist.
Die Ausgabe findet nur mittags von 8—12 Uhr im Gemeindebüro — Zimmer 15 — gegen Vorlegung der Ausweis-Karte statt.
Zugewandte sind vom Bezuge von Milch ausgeschlossen.

Für Gefahrfälle aufbewahren!

Medikamente zur Alarmierung der Freiwilligen Feuerwehr.
1. Hauptstelle:
Baumeister Paul Thieme, Ruhwaldstraße 42, Tel. 192.
2. Fuhrunternehmer Engelmann, Berlinerstr. 80, Tel. 251.
3. Bahnhof Stolpe, Telefon 225.
4. Konditorei Marzschke, Stolperstraße 43.
5. Restaurant Richter, Dranienburgerstr. 121, Tel. 146.
6. Restaurant Sternke, Schönfließstraße 13.
7. Restaurant Nowak, Sedanstraße 10.
8. Restaurant Träger, Auguststraße 13.
9. Restaurant Dre, Stolperstraße 32.
10. Restaurant Rischke, Dranienburgerstraße 74, Tel. 133.
11. Bahnhof Hohen Neuendorf.
Die Inhaber der Telefonanschlüsse wollen bei Bränden gefl. unverzüglich die Hauptstelle anrufen und auf Ersuchen den Notruf weitergeben.

Telefonanschlüsse der Polizei.

Bollzeibüro, Gemeindehaus Berlin Nr. 39, Tel. 37 u. 88.
Amts-u. Gemeindebeh. Standewitz, Hubertusstraße 28, Telefon 127.
Polizeikommissar Broszjo, Berlinerstraße 41, Tel. 212.
Polizeiwachmeister Donnia, Bergfelde, Telefon 214.
Polizeiwachmeister Hilmer, Zägerstraße 57, Tel. 60.
Hohen Neuendorf, den 27. April 1921.
Der Gemeindevorsteher. A. W.: Rischke, Gemeindefürsorge.

Der deutsche Reparations-Vorschlag.

Dem stellvertretenden Geschäftsträger in Berlin ist am 24. d. Mts. eine Note übergeben worden, in der die nachstehenden Vorschläge als die hauptsächlichsten herausgegriffen sind:
Deutschland erklärt sich bereit, zum Zwecke der Reparation eine Gesamtverpflichtung von fünfzig Milliarden Goldmark gegenwert anzuerkennen.
Deutschland ist auch bereit, den Wert dieser Summe in Annuitäten, die seiner Leistungsfähigkeit angepasst sind, zum Gesamtbetrage von 200 Milliarden Goldmark zu zahlen.

Am Schluß der Note heißt es: Diese Vorschläge sollen den festen Willen Deutschlands bezeugen, die Kriegsschäden bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu erfüllen. Sowohl die angebotenen Summen wie die Zahlungsmodalitäten richten sich nach dieser Leistungsfähigkeit. Soweit über deren Beurteilung Meinungsverschiedenheiten

bestehen sollten, empfiehlt die deutsche Regierung, sie durch eine allen beteiligten Regierungen genehme Kommission anerkannter Sachverständiger prüfen zu lassen. Sie erklärt im voraus, deren gutachtliche Entscheidung als bindend anzunehmen.
Sollte eine andere Form der Vorschläge nach Ansicht der Regierung der Vereinigten Staaten die weitere Behandlung der Angelegenheit erleichtern, so würde die deutsche Regierung bitten, daß sie auf die Punkte aufmerksam gemacht wird, in denen etwa der amerikanischen Regierung eine Veränderung wünschenswert erscheint. Auch würde die deutsche Regierung andere Vorschläge der amerikanischen Regierung bereitwillig entgegennehmen.

Günstige Antwort aus Washington wahrscheinlich?
Amtliche Kreise enthalten sich bisher jeder Äußerung zu der deutschen Note, jedoch geben eingeweihte Persönlichkeiten zu erkennen, daß die deutschen Vorschläge als Basis für weitere Verhandlungen dienen können und daß man zu einer endgültigen Regelung der Streitfragen gelangen kann. Deutschland dürfte aller Voraussicht nach eine günstige Antwort aus Washington erhalten.

Die Stimmung der Pariser Kammer.
In der frz. Kammer meinte man gestern morgen, falls Deutschland nicht bis zum 1. Mai die noch ausstehenden 12 Milliarden zahle, so werde das zweifelslos Strafmaßnahmen nach sich ziehen ohne Rücksicht auf ein allgemeines Wiederherstellensabkommen. Diese Sanktionen würden, wie man andeutete, vor Schluß der Londoner Konferenz angewandt werden.

Italiens Haltung bei den Verwickelungen seiner Verbindungen.
Die Aussicht auf eine amerikanische Vermittlung in der Reparationsfrage wird von der italienischen Presse mit einem Gefühl der Erleichterung begrüßt. Es heißt, daß eine Vermittlung Amerikas Italien davon befreien werde, widerstandslos zusehen zu müssen, wie durch französische Gewaltmaßnahmen Deutschland ruiniert würde, was dem Lebensinteresse Italiens direkt widerspreche. Aus dem Interesse Italiens an einer Vermittlung der Zwangsmaßnahmen dürfte sich auch der eindringliche Ton der italienischen Presse erklären, in welchem sie die deutsche Regierung auffordert, in ihren Gegenvorschlägen bis an die Grenze des Möglichen zu gehen.

Die Stimmung der Pariser Kammer.
In der frz. Kammer meinte man gestern morgen, falls Deutschland nicht bis zum 1. Mai die noch ausstehenden 12 Milliarden zahle, so werde das zweifelslos Strafmaßnahmen nach sich ziehen ohne Rücksicht auf ein allgemeines Wiederherstellensabkommen. Diese Sanktionen würden, wie man andeutete, vor Schluß der Londoner Konferenz angewandt werden.

Birkenwerder.

* Mehrere Lauben-Einbrüche sind in den letzten Tagen in der Niederheide in der Nähe der Havel verübt worden. Gestohlen wurden hauptsächlich Handwerksgeräte und ein Leisching. — Die Täter konnten bisher nicht ermittelt werden.

* Der populärste und amüsanteste Film der Gegenwart „Der Mann ohne Namen“, dessen 1. Teil in diesen Tagen in der Reichshauptstadt mit kühnem Beifall aufgenommen wurde, der das vollendetste Meisterwerk der Filmlust darstellt, hat zu gleicher Zeit mit den großstädtischen Lichtspielhäusern auch die Direktion unseres Nordbahn-Lichtspiel-Theaters unter enorm hohen Kosten erworben. Heute, Mittwochabend um 8 Uhr wird im „Waldfchlösschen“ mit der Vorführung des Films begonnen und zwar wird heute der 1. Teil „Der Millionendieb“ gezeigt. In den Hauptrollen sehen wir nur Größen der Filmlust, wie Max Baer, die jugendliche, beliebte Gegenpielerin Harry Liedtke und vor allem Harry Liedtke selbst. Ich sehe mir in ungefähr 36 verschiedenen Masken von so fabelhafter Schönheit, daß man sie immer erst erkennt, wenn er sich beim Lachen durch seine schönen Zähne verrät, während seine hübsche Partnerin sich im Laufe der sechs Teile dieses Filmwerkes in etwa 50 verschiedenen Kostümen in der geschmackvollsten Auswahl zeigt, ganz wie es einer Millionärstochter zukommt. — Bestäune niemand, sich die heutige Vorführung „Der Mann ohne Namen“ (1. Teil) anzusehen. Ein volles Haus wie gestern bei Aufführung in Hohen Neuendorf ist in Anbetracht der hohen Lasten sehr zu wünschen.

* Tageshefte bis 8 Uhr abends ist jetzt an regnerischen Tagen schon die Regel, und auch der während des ganzen Tages an seinen Beruf Gefesselte hat dadurch sehr die Möglichkeit, noch bei Tageslicht etwas von der schönen

Frühjahrsentwicklung auf einem kurzen Spaziergange in sich aufnehmen zu können. Niemand sollte verkümmern, sich diese Möglichkeit ausgiebig zu nütze zu machen. Es ist körperlich oder geistig von der Tagesarbeit ermüdet, in jedem Falle wird man von einem auch nur halbständigen Abendspaziergange in frischer Luft eine wunderbare Nervenerholung mit heimbringen, die vor allem stets einen gesunden und ruhigen Schlaf im Gefolge hat.

* Die Wahlen zum Preussischen Staatsrat haben für die Provinz Brandenburg und die Stadt Berlin folgendes Ergebnis gehabt: 1. Provinz Brandenburg: 1. Günther, Stadtrat in Guben (Soz. Partei), 2. Sailer, Arbeiterleiter in Luckenwalde (Soz. Partei), 3. La Grange Lehrer in Nowawes (Unabh. Soz. Partei), 4. v. Oppen, Polizeipräsident a. D., Rittergutsbesitzer in Alt-Friedland (Deutsch. Volksp.), 5. Wosberg, Geh. Regierungsrat, Oberbürgermeister in Potsdam (Deutsche Volksp.). — II. Stadt Berlin: 1. Dr. Hülfersding, Schriftsteller in Berlin-Steglitz (Unabh. Soz. Part.), 2. Dr. Weinberg, Rechtsanwalt in Berlin (Unabh. Soz. Part.), 3. Reimann, Generalkonsulsekretär in Berlin-Niederschöneweide (Unabh. Soz. Partei), 4. Hallensleben, Justizrat in Berlin (Deutsche Volksp.), 5. Dr. Matzias, Direktor in Nikolaissee (Deutsche Volksp.), 6. Ritter, Bürgermeister in Berlin (Soz. Partei), 7. Voß, Oberbürgermeister in Berlin (Deutsch.-Dem. Partei.), 8. Dr. Steinger, Verbandsdirektor a. D. in Friedrichshagen (Deutsch. Volkspartei).

* Frühjahrsschneize für Fische. In der Zeit vom 20. April bis 31. Mai ist der Fischfang in den offenen Gewässern des Regierungsbezirks Potsdam verboten. Ausgenommen von diesem Verbot ist nur der Fischfang mit der Handangel und das Fischen mit Fangeräten, die weder gezogen noch gestochen werden (das Fegen von Reusen) und stellen von Reusen.

* Der besteuerte Wald. Mit Recht enträthelt sich die öffentliche Meinung über die Waldschlichtereien in der Umgebung Berlins so schreibt die „Sofz. Ztg.“ in ihrer Nr. 47. Aber man höre auch auf den anderen Teil: Jeder Quadratmeter Land in Groß-Berlin wird als verrentiertes Land betrachtet und dementsprechend besteuert, und zwar beträgt diese jährliche (!) Steuerlast heute in der Regel nicht weniger als 8 bis 4 Prozent des Marktwertes und daher viel zu hoch geschätzten „gemeinen“ Wertes. Diese Grundsteuer besteht schon seit dem Jahre 1893 und verwirklichte scheinbar die bodenrentenrechtliche Lehre, daß man auf unbebauten Land einen Zwang zur schnellen Herabsetzung für Bauzwecke ausüben müsse, weil es die „Spekulation künstlich zurückhalte“. Nun wurden aber werden die verrentierten Landanbauflächen am Berlin wurden damals noch heute, noch in Jahrzehnten mehr als zu einem kleinen Bruchteil für Wohnzwecke in Anspruch genommen. Fast drei Jahrzehnte lang ruht also auf dem als solches bisher unverwertbaren Bauland die alljährliche, scheinbar so harmlose Grundsteuerlast. Zu dieser treten noch alle möglichen sonstigen Steuern und Abgaben. Kann man es den Eigentümern verdenken, zumal wenn sie durch diese Steuerüberbürdung in Verdrängnis geraten, daß sie ihre Zustimmung zur Abholung nehmen — sogar auf die Gefahr hin, daß die Veräußerlichkeit ihres Geländes darunter leiden muß? Hat ein Waldbesitzer noch irgendwelche Pflichten gegen die Allgemeinheit, wenn er steuerlich erdrückt wird? Man prüfe also jährenmäßig in jedem einzelnen Falle, ob es sich nicht um ein irreführendes Gewinnziel, sondern um ein wirtschaftliches Ziel handelt. Mit Steuerüberlastung hat unsere fassliche Wohnpolitik handelt. Mit Steuerüberlastung hat man die letzten Privatgärten aus den deutschen Großstädten, auch aus Berlin, vertrieben. Jetzt kommen die Waldungen in der Umgebung an die Reihe. Das Schlagwort „Zu jeder Wohnung ein Garten“ wird zur bitteren Ironie, wenn die neueste Grundsteuer jeden Quadratmeter einer sehr geringen Gartenoberfläche mit doppelten Sätzen als „Lurus“ besteuert. Gerade die breiten Waldschlichtereien werden darunter zu leiden haben.

* Die häuslichen Aufgaben der höheren Schulen regelt ein an die Provinzialschulkollegien gerichteter Erlass des Kultusministers vom 9. 3. 1921, in dem es heißt: „Die Überlastung mit häuslichen Arbeiten ist zum Teil zurückzuführen auf das Verdrängen der Schule, nach den vielfachen Hemmnissen im letzten Jahre die Klassen möglichst bald auf den regelrechten Standpunkt zu bringen. Deshalb bestimmt der Minister: 1. In den unteren und mittleren Klassen ist keine Aufgabe zu stellen, die nicht unmittelbar aus dem im Klassenunterricht behandelten Stoffe hervorgeht. 2. Fremdsprachliche Lehrstoffe, mathematische Aufgaben, Überlegungen müssen entsprechend vorbereitet werden. 3. Dem Elternhause soll keine Arbeit aufgegeben werden, die Sache der Schule ist. 4. Der gesamte Unterricht muß auf eine entscheidende, gleichwertige Befristung und Vertiefung beruhen. Von allen Stoffen, die meritorisch und toll sind, und lediglich eine Belastung des „schicksalhaften“ darstellen, muß sich die Schule befreien. 5. Der Unterricht muß vorwiegend auf verinnerlichte werden. 6. Die Fachkonferenzen der höheren Schulen haben immer und immer wieder zu prüfen, welches Maß häuslicher Arbeit den Schülern (innen) unter Berücksichtigung der körperlichen und geistigen Entwicklung zugemutet werden darf. 7. Der arbeitsfreie Nachmittag und der monatliche Wandertag, sollen bekräftigt werden. 8. Die entsprechenden Arbeitspläne sind auszuarbeiten. 9. Den Schülern ist Gelegenheit zu geben, ihre Tageseinteilung mit Rücksicht auf die Vermehrung der häuslichen Arbeiten dem Klassenlehrer in wohnortlicher Sprache darzulegen. 10. Auch die Elternbeiträge der höheren Schulen sollen sich mit der Frage der Hausaufgaben beschäftigen.“